

Clemens Wöste  
Aktion Leben e.V.  
Stuttgart  
Klingenstr. 8  
7024 Filderstadt 4

0065/14/8 '14.5/14.6/2K  
Stuttgart, 16.05.1990

An die Präsidentin der DDR - Volkskammer  
Frau Dr. Bergmann - Pohl  
Ostberlin

Betreff: Übernahme der Fristenregelung auch in der BRD

Sehr geehrte Frau Dr. Bergmann - Pohl,  
uns erschreckt, daß die Deutsch - Deutsche Vereinigungspolitik  
auf dem Rücken vieler ungeborener Kinder ausgetragen wird! -  
Wir denken, daß eine deutsche Wiedervereinigung nicht das Leben  
dieser Kinder kosten darf.

Wie Sie wissen, haben wir in der BRD die Indikationsregelung.  
Allerdings läßt das Land Bayern dieses Gesetz derzeit beim  
Bundesverfassungsgericht auf Mißbrauch überprüfen. Wir Lebens-  
schützer von der Aktion Leben unterstützen diese " Normenkon-  
trollklage " von ganzem Herzen!

In der DDR gilt im Moment die Fristenlösung, die wir aus den  
verschiedensten Gründen ablehnen. - Dies werden wir später  
noch verdeutlichen.

Wir von der Aktion Leben sind keine sogenannten " rechtsex-  
tremen, konservativen Katholiken ohne Realitätssinn ", sondern  
überparteiliche, überkonfessionelle Bürger aus allen Gesell-  
schaftsschichten der BRD.

Wir wollen verdeutlichen, daß das ungeborene Kind ein Recht  
auf Leben hat, und zwar von der Zeugung an, weil ab dann das  
genetische Programm des Menschseins beginnt. Es würde uns sehr  
freuen, wenn Sie nach der Lektüre dieses Briefes, sowie auch  
der beiliegenden Flugblätter, ebenfalls dieser Meinung wären.

Es ist Ihnen als Ärztin mit Sicherheit bekannt, daß sich der Mensch in den ersten drei Monaten soweit entwickelt, daß er nur noch das Größenwachstum benötigt, um nach neun Monaten geboren zu werden.

In diesen ersten drei <sup>Monaten</sup> ist der Mensch bereits ein selbständiges, unverwechselbares Individuum (mit seinen spezifischen Anlagen, eigenem sich entwickelndem Blutkreislauf u.a.) und hat daher laut Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (Art. 2) das Menschenrecht auf Leben.

Das Kind spürt bei seiner Tötung nachgewiesen <sup>er weinen</sup> den Schmerz, den das abtreibende Gerät verursacht, da alle schmerzempfindenden Nerven schon voll entwickelt sind.

In der DDR gibt es, wie bei uns auch, starke Interessengruppen, welche gegen die Abtreibung kämpfen, wie z.B. die Vereinigung "Kaleb".

Es liegt uns fern, eine Frau zu verurteilen. Wir wollen sie lediglich vor einem großen Unglück bewahren, denn es entstehen nach einer Abtreibung fast immer Probleme, die bei einer ungewollten Schwangerschaft entstehende; bei weitem überwiegen. Dabei denken wir an die psychischen Probleme im besonderen, sowie an die - unter Umständen lebensbedrohenden - körperlichen Folgeschäden.

Letztendlich kann eine Abtreibung eine unglückliche Partnerschaft nicht retten, geschweige denn verhindern, sondern im Gegenteil oft erst bedingen.

Dr. P. Peterson von der Universität Hannover z.B. hat dies in seiner kürzlich vorgelegten Studie bewiesen und damit bereits ältere Studien anderer Wissenschaftler erhärtet.

Wir von der Aktion Leben denken, man muß die Probleme, die zur Abtreibung führen, abstellen, bzw. eine lebenswerte Zukunft schaffen. Anders und kurz gesagt:

Die Probleme beseitigen, nicht das Kind!!!

Wir freuen uns darauf, Ihre Antwort auf diesen Brief zu erhalten.

Ihre Aktion Leben, Stuttgart

